

Bericht des Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Boretius über die Reichstagsession 1879.

II.

Das Zustandekommen des neuen Zolltarifs wird nicht nur in unser wirtschaftliches Leben eingreifen, es kommt ihm eine weitgehende Bedeutung zu, hat es einer veränderten Stellung im Reichstag gegeben und im preussischen Staatsministerium eine Krise zur Folge gehabt, welche wichtiger ist als die früher unter Bismarcks Herrschaft eingetretenen Krisen.

Bei der Identität von Preußen und dem deutschen Reich auch so natürlich — Ministerveränderungen in Preußen zur Folge gehabt. Diejenigen drei Mitglieder des preussischen Ministeriums, denen man noch am ehesten einen Anflug von Liberalismus nachsagt, sind ausgeschieden und in einer Weise erledigt worden, daß, wenn jetzt die üblichen Klagen des Fürsten Bismarck, daß nicht nur die Vöster, sondern auch seine Kollegen, die Minister, ihn das Leben so sauer und das Regieren so schwer machten, nicht aufhören, er überhaupt wohl die Hoffnung wird aufgeben müssen, jemals ein Ministerium nach seinem Herzen zu erlangen.

Die eingetretenen Ministerveränderungen haben unfruchtbar den conservativen Charakter des preussischen Ministeriums noch stärker ausgeprägt, aber ich sehe hierin nichts Beunruhigendes und keinen Grund, sich vor einer systematischen Reaction zu fürchten. Unsere Zeit bedarf unweifelhaft nicht einer Weiterentwicklung des Individualismus, d. h. des liberalen Gebankens, sondern eher der Sammlung und hin und wieder auch der Correctur. Die Grundgedanken unserer modernen Gesetzgebung aber, wie Gemeinbefreiheit, Freizügigkeit, Selbstverwaltung sind richtig und unumstößlich, von welcher Uebersetzung auch unsere Regierung durchdrungen ist.

Auf dem Gebiete des Conflictes mit der katholischen Kirche halte ich eine Verjüngung für erstrebenswerth, eine Revision der in dieser Richtung ergangenen Gesetze für sehr wahrscheinlich. Der „Kulturkampf“, dieses eigenartige Werk des Fürsten Bismarck, welcher vom Liberalismus nicht nur nicht getrennt wurde, sondern mit dessen früher ganz und gäbem, kirchengerichteten Schlagwort „Trennung von Kirche und Staat“ sogar im Widerspruch stand, ist im Wesentlichen mißglückt.

(wenn auch die Auslösung durch Geistliche, wo die Verhältnisse es erfordern nicht ausgeschlossen ist) geführt erhalten und die Beurkundung der Geburten, Beschreibungen und Sterbefälle dem großen Organismus vorthelhaft bleiben wird, von dem überhaupt unter irdischen Leben rechtlich geordnet wird, nämlich dem Staate. Diesen großen, in Folge der historischen Entwicklung lange mangelhaft ausgeführt gebliebenen, jetzt durchgeführten Grundzug wird man nicht aufgeben, unsere Rechtsordnung in einem so wichtigen Punkte nicht abermals erschüttern. Lediglich zu Liebe einer pastoralen Herrschsucht, die mit der Religion auch nicht das Geringste zu thun hat. Auch sonst wird, wie ich glaube, der neue Kultus- und Unterrichtsminister nicht so viel zu ändern im Stande sein, als man von ihm hofft oder fürchtet.

Die liberale Partei hat daher meines Erachtens keinen Grund, sich als das Hochthorn des Reactionsgewerks zu jagen und zu einer Oppositionsstellung gegen die Regierung verlocken zu lassen. Höchst undankbar und höchst unklug zugleich wäre es aber von ihr, wenn sie unter dem Falschgefühle, „weg mit Bismarck!“ in den nächsten Wahlskampfe eintreten wollte. Ich darf von mir sagen, daß ich für die unläugbaren Statuten der Bismarck'schen Charakters stets sehr viel Verständnis gehabt habe, und der Fürst Bismarck hat dieses Verständnis durch sein Auftreten und seine Reden in der letzten Reichstagsession wesentlich verschärft. Aber diese Statuten sind nicht die, wie es scheint, der Abwöhnung völlig unzugänglichen Schreibens des gewaltigen Völkers, welches Können und Vermögen dieses Staatsmannes von sich ausstrahlen läßt. So wie ihm ist keinem seit Friedrich dem Großen vergönnt gewesen, dem deutschen Volke zu dienen; wie er Deutschland dem Auslande gegenüber zur Anerkennung gebracht hat und noch vertritt, ist geradezu unergreiflich; auch in der inneren Politik wird der Schaden, den die von ihm ergriffenen Maßregeln uns zugefügt haben, doch weit übertrifft von dem Nutzen, den er uns bereitet, sodas Angehörige der großen Schwierigkeiten, denen der künftliche Volk des Reiches ausgesetzt ist, es vermessen wäre, eine solche Kraft früher als die menschliche Natur es erfordert, bei Seite zu schieben. Und so stark ist mit vollem Recht der Nachdruck des Fürsten Bismarck im Volke, daß der Wahrspruch „fort mit Bismarck!“ für die liberale Partei nahezu den Erfolg haben könnte: „fort mit der liberalen Partei!“

Der Verlauf der Reichstagsverhandlungen hat endlich auch durch Ausscheiden von achtzehn Mitgliedern zu einer Schwächung der national-liberalen Fraction geführt und es ist wohl möglich, daß der Fraktionsbestand noch weitere Veränderungen erfahren wird. Auf welche Weise etwa, läßt sich jetzt noch gar nicht übersehen und wird zum Theil von dem Ausfall der nächsten Abgeordnetenwahl abhängen. Es ist für die liberale Partei ein Uebelstand, daß diese Fraktionskrisis vor die preussischen Wahlen gefallen ist. Neben andern Gründen hat mich der Gedanke an diesen Uebelstand bestimmt, bei der Fraction zu verbleiben und die weitere Entwicklung von dem Gange der Ereignisse zu erwarten. Für mich ist übrigens die Fraktionszugehörigkeit von nicht sehr großer Bedeutung; meine Selbstständigkeit bei Aeußerungen und Abstimmungen in irgend welchen erheblichen Punkten habe ich ihr weder bisher noch davor gebracht, noch werde ich in Zukunft sie ihr opfern, vielmehr durchaus meinen eigenen Anschauungen folgen, die ich deshalb meinen Wählern mit der Offenheit entwickelt habe, welche sie von mir zu verlangen berechtigt sind.

Halle a/S., 3. August 1879. A. Boretius.

